

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprecherin
für Wissenschaft, Kultur und Innovation**

Dr. Silke Lesemann, MdL

zu TOP Nr. 28

Erste Beratung

**Empfehlungen der Enquetekommission „Verrat an
der Freiheit – Machenschaften der Stasi in
Niedersachsen“ umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP – Drs. 18/354

während der Plenarsitzung vom 01.03.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Seit fast drei Jahrzehnten existiert die DDR als Staat nicht mehr. Aber selbst wenn ein Staat verschwunden ist: die Menschen und ihre Schicksale bleiben.

Dies gilt auch für Menschen, die in das Visier der Staatssicherheit der DDR geraten waren. Zur DDR zwischen Mythos und Wirklichkeit gehört vor allem auch die Geschichte ihres Überwachungsapparates.

Trotz Mauern und umfangreicher Grenzanlagen sollte man sich hier keiner Illusion hingeben: Der „lange Arm der Stasi“ reichte auch bis weit nach Westdeutschland und damit auch nach Niedersachsen.

In der vergangenen Wahlperiode hat der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP eine Enquetekommission zur Aufarbeitung der Stasiaktivitäten in Niedersachsen eingesetzt. Und dies ist bisher für die westdeutschen Bundesländer einmalig. Weder für sie noch für Niedersachsen gab bzw. gibt es eine systematische Aufarbeitung zum Wirken der Staatssicherheitsorgane der Ex-DDR. Und mehr noch: Mit der Einrichtung der Enquetekommission wurde die Aufarbeitung der „Machenschaften der Stasi in Niedersachsen“ als gesamtdeutsche Aufgabe anerkannt. Als auch der breiten Öffentlichkeit zugängliche Ergebnisse ihrer Arbeit hat die Kommission im vergangenen Herbst eine dreibändige Publikation vorgelegt. Überdies wurde eine Reihe von bundesweit als vorbildhaft erachteter Empfehlungen beschlossen, die nun umgesetzt werden sollen.

Meine Damen, meine Herren,

in den Mittelpunkt muss aber auch immer wieder gerückt werden, warum wir uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen. Dies soll schließlich kein Selbstzweck zur Anhäufung von Wissen sein. Die deutsche Teilung wirkt in vielfacher Weise nach. Gerade die nachwachsende Generation ohne eigene Erfahrungen mit der DDR sollte durch historisch-politische Bildungsarbeit vor einer Beschönigung dieser Diktatur bewahrt werden. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie

muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Mechanismen, Methoden und Ausmaß staatlicher Unterdrückung aufzuarbeiten ist auch ein Beitrag dazu, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Zukunft zu stärken.

Geschichte kann nicht nur durch Fachwissenschaft und entsprechende Literatur aufgearbeitet werden. Zahlen und Fakten sind lediglich das Gerüst, in dem sich das Leben abgespielt hat. Das Gefühl, in einem geteilten Land zu leben, kennen die Jüngeren nicht mehr und mit fortschreitendem zeitlichem Abstand wird es auch immer schwieriger, dies zu vermitteln.

Damit eine Erinnerungskultur entwickelt wird, die besonders auch die nachwachsende Generation interessiert und beteiligt, sind kreativere und erfahrungsorientierte Ansätze notwendig. Hierzu gehören u. a. der Besuch von Gedenkstätten, Ausstellungen und ähnlichen Formaten. Aber auch das Gespräch mit Zeitzeugen, solange es sie noch gibt.

Meine Damen und Herren,

damit bin ich bei einem weiteren Punkt. In der Enquetekommission sind Opfer von Stasi-Aktivitäten zu Wort gekommen. Der Respekt vor denjenigen, die durch Bspitzelung, Unterdrückung und unmenschliche Drangsal Opfer der Staatssicherheit geworden sind, gebietet es, dass eine Bundesratsinitiative unternommen wird, die in verschiedener Weise Verbesserungen ihrer Situation hervorbringt.

Hierzu gehört eine vereinheitlichte und verbesserte Begutachtung von Stasi-Opfern, Kriterien bei der Opferrente zur Erweiterung des Bezieherkreises sowie die Entfristung der Ende 2019 auslaufenden Möglichkeiten zur Rehabilitierung von SED- und Stasiopfern. Es ist außerdem notwendig und gut, dass es die Opferberatungsstelle für SED-Opfer im Innenministerium gibt und ihre Arbeit auch weiterhin gewährleistet bleibt.

Meine Damen, meine Herren,

Das Wirken der Stasi muss als gesamtdeutsches und auch als spezifisch westdeutsches Problem begriffen werden. Immer noch fehlt es an fundierten Kenntnissen, immer noch steht die Erforschung dieses Abschnitts unserer Geschichte am Anfang. Deshalb hat die Kommission empfohlen, ein wissenschaftliches Verbundprojekt „Stasi in Niedersachsen“ in Erwägung zu ziehen. Das gilt auch für mögliche Verbindungen von Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter zum Ministerium für Staatssicherheit. Die Enquetekommission hat hierzu relevante Quellenbestände zusammengetragen und kann für diese Vorhaben gut genutzt werden.

Eines ist nach Beendigung der Enquetekommission klar geworden: es braucht noch mehr Engagement, auch des Niedersächsischen Landtags, dieses Thema weiter aufzuarbeiten. Und das wollen wir auch tun!